

The Legacy of Simon Wiesenthal for Holocaust Studies

Veranstalter: Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften IFK, Wien in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und dem Wiener Wiesenthal-Institut für Holocaust-Studien VWI

Datum, Ort: 07.06.2006–08.06.2006, Wien

Bericht von: Dirk Rupnow, Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien

„Holocaust Studies“ konnten sich in Österreich bislang nicht etablieren. In Deutschland sieht die Situation nur unwesentlich besser aus. Durch die Omnipräsenz der Vergangenheit in den Medien ist man geneigt zu übersehen, daß der Status der wissenschaftlichen Erforschung der NS-Massenverbrechen weiterhin als durchaus prekär gelten kann. Fast nur in den USA hat sich bisher ein eigenständiger, interdisziplinärer Forschungszweig der „Holocaust Studies“ herausbilden, institutionalisieren und professionalisieren können. Doch selbst dort sind sie keinesfalls allseitig anerkannt, wie Raul Hilberg, der Nestor der Holocaust-Forschung, während der Konferenz „The Legacy of Simon Wiesenthal for Holocaust Studies“ am Internationalen Forschungszentrum (IFK) in Wien betonte.

Die Reputation des Faches scheint so schlecht zu sein wie die des Boten, der für das Überbringen der schlechten Nachricht gestraft wird. In Deutschland halten sich auch „Jüdische Studien“, die in den USA einer der Hauptträger der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Holocaust sind, in ihrer Arbeit zunehmend fern von der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik – was durchaus verständlich ist, um jüdische Geschichte nicht darauf zu verkürzen, sondern auch ihre anderen Potentiale kenntlich werden zu lassen. Oft gilt es aber in akademischen Kreisen einfach als unappetitlich, sich auf die Erforschung von Massenverbrechen zu spezialisieren. Und tatsächlich stellt die Beschäftigung mit diesen Ereignissen eine Zumutung dar. Eine notwendige allerdings, dies sollte nicht vergessen werden. Hannah Arendt nannte es: „Verweilen beim Grauen“. Die Geschichte einfach durch Ignorieren ban-

nen und entschärfen zu wollen, dürfte wenig erfolgversprechend sein.

Mit einer großen internationalen Konferenz, in den Räumen des IFK abgehalten, trat nun erstmals das formell bereits gegründete, aber noch auf seine Realisierung wartende Wiener Wiesenthal-Institut für Holocaust-Studien (VWI) hervor. Die Veranstaltung wurde zeitgleich via Videostreaming im Internet übertragen, die Videoaufzeichnungen der einzelnen Beiträge können dort auch weiterhin abgerufen werden (<http://www.vwi.ac.at>). Am Tag vor der Konferenz konnten Simon Wiesenthals Nachlaß und Archiv, die Bestandteile des neuen Forschungsinstituts werden sollen, in seinem ehemaligen Büro im ersten Wiener Gemeindebezirk besichtigt werden. Neben dem Wiesenthal-Archiv sollen in das geplante VWI u.a. die mikroverfilmten Akten der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde eingebracht werden, die im Original in den Central Archives for the History of the Jewish People in Jerusalem aufbewahrt werden. Die österreichische Bundesregierung zögert allerdings noch, ein eigenständiges Forschungszentrum mit der Stadt Wien kofinanzieren, betont aber naturgemäß pflichtschuldig, daß sie alles tun wolle, um den Wiesenthal-Nachlaß im Land zu halten. Niemand möchte sich freilich vorwerfen lassen, daß er Wiesenthals Erbe leichtfertig ausschlägt und ins Ausland – namentlich in Richtung Simon Wiesenthal Center/Museum of Tolerance in Los Angeles – abwandern läßt.

Wiesenthals Nachlaß besteht aus 8.000 Aktenkonvoluten zu NS-Tätern, Tatorten und Verbrechenskomplexen, die insgesamt ungefähr 35 Laufmeter einnehmen (<http://www.simon-wiesenthal-archiv.at>). Dazu kommen – neben Büchern, Fotos und privaten Unterlagen – etwa 39 weitere Laufmeter der Korrespondenz Wiesenthals. Gerade sie stellen, wie erste Einblicke bereits zeigen, eine einzigartige Quelle für die Nachkriegsgeschichte dar und legen Zeugnis ab vom Wandel des Holocaust von einem weltweit verdrängten und marginalisierten Ereignis zu dem globalen Code für Massenverbrechen, Völkermord und das Böse allgemein – parallel zu Wiesenthals Lebensgeschichte eines unbekanntem Überlebenden der nationalsozialistischen Lager, der zur internationalen Autorität und Ze-

lebrität in Sachen Menschenrechte wurde.

Als Ausgangspunkt für die zweitägige Konferenz wurde ein Memorandum Simon Wiesenthals an die österreichische Bundesregierung aus dem Jahr 1966 gewählt, in dem der Namenspatron des Instituts auf einen hohen Anteil von österreichischen Tätern an den nationalsozialistischen Massenverbrechen gegen die europäischen Judenheiten hinwies, verschiedene Tatkomplexe beschrieb und Vorschläge für eine effektivere Strafverfolgung unterbreitete. In diesem nur losen Rahmen bot die Veranstaltung zwar keinesfalls einen vollständigen, wohl aber einen beeindruckenden Überblick über die aktuelle Holocaust-Forschung, ihre Themen, Fragen und Ergebnisse.

Der überwiegende Teil der Tagung widmete sich der Täterforschung im weitesten Sinne. Isabel Heinemann beleuchtete, wie es Rasseexperten der SS nach Ende des Krieges teilweise gelang, trotz ihrer Involvierung in die nationalsozialistische Rassen- und Lebensraumpolitik durch semantische Verschiebungen ihre wissenschaftliche Karriere fortzuführen – manche sich jedoch keinesfalls erfolgreich in den Nachkriegsdiskurs eingliedern konnten. Peter Black nahm die Beteiligung der sogenannten Trawniki-Männer, mehr oder weniger freiwilliger, vor allem ukrainischer, lettischer, estnischer und litauischer „Hilfswilliger“, an der „Aktion Reinhard“, dem systematischen Massenmord an den Juden im Generalgouvernement, an Hand neu erschlossener Quellenbestände in den Blick.

Am Beispiel Österreichs versuchte Christian Gerlach schließlich „extrem gewalttätige Gesellschaften“ als ein Gegenkonzept zum bestehenden Genozid-Modell zu beschreiben: der Blick wird nicht nur auf eine Bevölkerungsgruppe als besonders ausgewähltes Opfer verengt, vielmehr wird die Diskriminierung und Verfolgung verschiedener Gruppen betont; ein multikausales Bild der Vorgänge löst die Annahme eines einzelnen vorherrschenden Motivs ab; dynamische, interaktive Entwicklungen ersetzen langfristige, zentrale Planungen; statt ausschließlich auf die Ebene des Staates und radikalisierten Eliten wird die Aufmerksamkeit auf die Beteiligung verschiedener sozialer Gruppen und

breiter Bevölkerungsschichten an der Gewalt gelenkt. Gerlach gelingt es damit offensichtlich, die Ergebnisse einer Vielzahl jüngerer, empirisch gesättigter Studien zum Holocaust, aber auch zu anderen Massenverbrechen, die vom Genozid-Begriff nicht mehr aufgefangen werden konnten, in ein neues Modell zu integrieren. Seine Anwendung auf Österreich wurde in der Diskussion jedoch verschiedentlich in Frage gestellt, da sie von einer längeren Tradition extremer (imperialistischer) Gewalt ausgeht.

Włodzimierz Borodziej beschrieb in seinem Beitrag die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in Polen bis 1956 und eröffnete damit einen Abschnitt, in dem vor allem Praxis und Grenzen justizieller Gerechtigkeitsuche diskutiert wurden. Michael Wildt erörterte in seiner Betrachtung der Strafverfolgung der Täter des Reichssicherheitshauptamtes, immerhin der entscheidenden zentralen Behörde der NS-Vernichtungspolitik seit 1939, die Praxis bundesdeutscher Gerichte, NS-Täter vornehmlich als Tatgehilfen von den als Haupttätern eingestuften Personen wie Hitler und Himmler zu verurteilen und wie durch eine Mischung aus Unkenntnis, Nachlässigkeit und Unwilligkeit Ende der 1960er Jahre noch die weitere Verfolgung als Tatgehilfen mit einer Novelle des Strafgesetzbuches verhindert wurde. Im Hinblick auf seine Forschungsergebnisse kam Wildt zu dem Schluß, daß Erinnerung, auch durch die professionelle Arbeit der Geschichtswissenschaft, vor allem deshalb eine notwendige Aufgabe bleibe, weil die Wiederherstellung von Gerechtigkeit vor Gerichten in der Praxis gescheitert sei – und angesichts der begangenen Verbrechen wohl selbst bei den besten Absichten scheitern müßte.

Mit seiner Untersuchung von NS-Verbrechen im besetzten Distrikt Lemberg und deren Aufarbeitung vor deutschen Gerichten nach Kriegsende bot Omer Bartov anschließend ein musterhaftes Beispiel für die Möglichkeiten der Holocaust-Historiographie. Mit Quellen aus verschiedenen Perspektiven und einem klaren Blick auf die konkreten Vorgänge an ausgewählten Orten gelang ihm sowohl eine Wiederherstellung der Integrität der Opfer, eine nachdrückliche wie berührende

Dokumentation ihrer Leiden und zudem eine eindeutige Identifizierung der Täter und ihrer Verbrechen.

Neben diesen Beiträgen zur Täterforschung, die seit einigen Jahren besondere Aufmerksamkeit genießt, wurden weitgehend vernachlässigte Aspekte der Geschichte des Holocaust beleuchtet, die von den Rändern des Geschehens her doch zentrale Punkte berühren: David Bankier beschäftigte sich mit den Reaktionen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Konservativen im Exil auf die antijüdische Verfolgungs- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten. Er konnte dabei zeigen, daß selbst auf Seiten antinationalsozialistischer Kräfte auch unter dem Eindruck der Ereignisse des Holocaust überlieferte antijüdische Vorurteile weitgehend ihre Gültigkeit behielten. Atina Grossmann warf einige Schlaglichter auf die bezeichnenderweise spurlos aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichene Geschichte jüdischer „Displaced Persons“ im Deutschland der ersten Nachkriegsjahre. Immerhin ungefähr 250.000 jüdische Überlebende hielten sich 1946/47 vor allem in der US-amerikanischen Besatzungszone auf und hatten dort vielfältige Alltagskontakte mit den Deutschen.

Am Ende stand ein Panel, das sich direkt mit dem Namensgeber des neu gegründeten Wiener Instituts beschäftigte. Tom Segev, der gerade an einer Biographie Wiesenthals arbeitet, beleuchtete mit Aktenfunden von seinen Recherchen im Wiesenthal-Nachlaß in Wien dessen Einfluß auf die Erinnerung an den Holocaust in Israel, wo anfangs das Geschehen ebenfalls verdrängt wurde, zugunsten des Selbstbilds der Israelis als „neue Hebräer“. Erstaunlich bleibt Wiesenthals Bedeutung für die Internationalisierung des Holocaust-Gedenkens, obwohl er mit Österreich von einem Land aus operierte, das sich selbst erst sehr verspätet seiner eigenen Vergangenheit gestellt hat. Vor allem aber ging es um die durch Veröffentlichung neuer CIA-Dokumente aufgekommene Debatte über die Festnahme Eichmanns. Segev konnte auf Grund seiner Recherchen im Nachlaß bestätigen, daß Wiesenthal bereits 1954 Kenntnis vom Aufenthaltsort Eichmanns hatte und diese Information an den Jüdischen Weltkon-

gress und Israel weiterleitete – Jahre bevor Eichmann tatsächlich in Argentinien gefangen genommen wurde.

Bertrand Perz setzte sich schließlich detaillierter mit dem Memorandum Wiesenthals auseinander, das als Ausgangspunkt für die gesamte Veranstaltung gewählt worden war. Er entlarvte dabei die anhaltenden Debatten über den Anteil von Österreichern an den NS-Verbrechen als wissenschaftlich wenig sinnvolle und fruchtbare Zahlenspielerien und forderte statt dessen – vor allem für die österreichische Wissenschaft – verstärkt Forschungen zu konkreten Tatorten und Tatzusammenhängen auf allen Ebenen, mithin eine differenzierte Gesellschaftsgeschichte der nationalsozialistischen Verbrechen, in die schließlich die gesamte Gesellschaft in verschiedenem Maße involviert war. Gewarnt wurde dabei allerdings vor einer übermäßigen Differenzierung, die den Zusammenhang der Verbrechen verschwinden lassen würde.

Abgeschlossen wurde die Konferenz mit einer Podiumsdiskussion mit Raul Hilberg, der vor 80 Jahren in Wien geboren und 1939 aus Österreich vertrieben wurde. Er wies vor allem auf die noch bestehenden Wissenslücken zu den Ereignissen des Holocaust hin und auf die weltweit in Archiven verstreuten Dokumente, die zu ihrer Erhellung beitragen können.

In Österreich ist die Furcht vor der Konfrontation mit historischer Evidenz immer noch weit verbreitet. Immer noch fällt es schwer anzuerkennen, daß Österreicher, die sich in diesen Jahren freilich als Deutsche deklariert haben, an den NS-Verbrechen in dem gleichen Maße beteiligt waren wie Preußen und Bayern. Nicht mehr und nicht weniger. Signifikanterweise ging es bisher in den heimischen Diskussionen vor allem um Restitutionsfragen und den NS-Kunstraub, auf eigenartige Weise das Selbstverständnis einer vermeintlichen Kulturnation spiegelnd, oder aber höchstens um Verbrechen auf österreichischem Boden, etwa im Konzentrationslager Mauthausen, und österreichische Opfer wie die vertriebenen und ermordeten österreichischen Juden, womit man sich erneut aus dem gemeinsamen „Großdeutschen Reich“ und dem Zusammenhang der NS-Verbrechen herausdefiniert und die Staats-

doktrin vom „ersten Opfer“ (selbst nach dem Teil-Eingeständnis eigener Täterschaft) noch verschoben fortgeschrieben wird. Kaum wahrgenommen wurden allerdings die Tatorte und Opfer jenseits der Landesgrenzen, die auch dort unter gleichberechtigter Beteiligung österreichischer Täter beraubt, deportiert und ermordet wurden. Damit wird jedoch nicht weniger als die Besonderheit des nationalsozialistischen Systems und die Dimension seiner Massenverbrechen ausgeblendet.

Natürlich hätte man bei der Gründung eines neuen Forschungsinstituts auch stärker konzeptionelle Überlegungen in den Mittelpunkt stellen können statt einen Überblick über laufende Arbeiten zu geben. Man muß „Holocaust Studies“ zwar nicht gerade neu erfinden, könnte aber durchaus im deutschen Sprachraum ihr spezifisches Profil, ihre Grenzen bzw. die Zusammenarbeit mit Nachbardisziplinen sowie ihre methodischen Herausforderungen diskutieren. Die Einladungs politik, die österreichische Vortragende weitgehend ausschloß und ganz auf prominente, internationale Namen setzte, legte außerdem den Eindruck nahe, daß es in Österreich bisher tatsächlich keinerlei einschlägige Forschungen gegeben habe. Das ist natürlich irreführend, die österreichische Zeitgeschichtsforschung hat schließlich immer wieder wichtige Arbeiten zum Thema vorgelegt, die auch über die Landesgrenzen hinaus von Bedeutung waren. Dennoch gibt es einen offensichtlichen Bedarf, stärker an internationale Diskurse anzuschließen, die Fokussierung auf Österreich zu überwinden und die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und anderen Massenverbrechen zu institutionalisieren und zu professionalisieren.

Diese Vorab-Veranstaltung des auf seine Realisierung wartenden Wiener Wiesenthal-Instituts für Holocaust-Studien hat auf jeden Fall bewiesen, daß dafür in Wien eine gute Möglichkeit besteht – und Bedarf vorhanden ist. Wenn auch die politisch Verantwortlichen in Österreich bereit sind, dies zu unterstützen, sind weitere interessante Tagungen zu erwarten, die sicherlich wichtige Impulse für die österreichische Forschungslandschaft und internationale Diskussionen geben können.

Tagungsbericht *The Legacy of Simon Wiesenthal for Holocaust Studies*. 07.06.2006–08.06.2006, Wien, in: H-Soz-Kult 18.06.2006.